

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

13. September 2021
10.2021

Die »Stiftung Familienunternehmen« hat eine Studie gegen die Vermögenssteuer in Auftrag gegeben, das Handelsblatt stellt sie vor.¹ Ist ja Wahlkampf. Autor der Studie ist Clemens Fuest, Präsident des ifo-Wirtschaftsinstitutes und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren. Bei der Erbschaftssteuerreform 2016 ist ihr das gelungen.² Jetzt geht es gegen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Familienunternehmen: klingt harmlos, ist aber Großkapital

Die Stiftung eine »Initiative von Familienunternehmen«³ – wird aber »getragen von über 500 Firmen aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen«. Etwa 0,02 Prozent aller rund 2,3 Millionen Familienunternehmen sind vertreten. Das Kuratorium besteht aus Vertretern großer Unternehmen, aus Superreichen und Vermögensverwaltern. Zur AfD gab es ebenfalls personelle Verflechtungen.⁴

Johannes Kärcher und Nicola Leibinger-Kammüller sind vertreten, deren Familien Vermögen von mehreren Milliarden Euro besitzen⁵. Zur BMW-Erbenfamilie Quandt gibt es eine Verbindung. Allein die Geschwister Stefan Quandt und Susanne Klatten besitzen ein Vermögen von zusammen über 50 Milliarden US-Dollar⁶. Großunternehmen wie Henkel oder »Müllermilch« sind im Kuratorium vertreten. Henkel erzielte 2020 einen Umsatz von fast 20 Milliarden Euro und beschäftigt weltweit über 50 000 Mitarbeiter*innen. Müllermilch macht fast 6 Milliarden Umsatz bei gut 25 000 Beschäftigten. Diese Interessen werden in der Stiftung vertreten.

Für wen die Vermögenssteuer gut ist Entsprechend kommt die Studie im Ergebnis, dass eine Vermögenssteuer »der Wirtschaft« schade und »negative Auswirkungen auf Investitionen,

Die Stiftung der Reichen wehrt sich gegen die Vermögenssteuer

Wachstum und Beschäftigung« habe. Aktuelle Studien zur Unternehmensbesteuerung zeigen: Steuergeschenke bringen kein Wachstum⁷. Ergebnis niedriger Steuereinnahmen sind schlechtere öffentliche Leistungen, sie verschlechtern die Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung. Gewinner sind die Konzerne und Aktionär*innen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Das reichste Prozent besitzt mehr als ein Drittel des Vermögens. Während die obersten zehn Prozent der Vermögensverteilung im Jahr 1993 noch das 50-Fache des Vermögens der unteren Hälfte besaßen, ist es heute schon das 100-Fache⁸.

Die Steuern auf Vermögen sind in Deutschland im Vergleich niedrig.

Mit einem Gesamtaufkommen von 1,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) liegt es weit unter dem Durchschnitt der Staaten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Eine Vermögenssteuer kann zu gesunden öffentlichen Finanzen beitragen und hat positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft: Sie verringert Ungleichheit, setzt Innovationen frei, stärkt öffentliche Arbeitsplätze, Demokratie und das Gefühl von Zusammenhalt. Gute öffentliche Dienstleistungen bedeuten: es bleibt mehr vom Lohn.

Die Vermögenssteuer ist in Artikel 106 des Grundgesetzes geregelt. Die Steuer ist damit ausdrücklich Teil der deutschen Finanzverfassung. Auch wenn die Unternehmer-Lobby aus durchsichtigen Gründen dagegen ist: Es ist höchste Zeit, die Vermögenssteuer wieder einzuführen!

Was DIE LINKE will

■ Wir führen die Vermögenssteuer für Vermögen oberhalb von 1 Mio. Euro Privatvermögen (ohne Schulden) ein. Der Steuersatz steigt von 1 Prozent

bis zu 5 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Euro.

■ Gewinne der Unternehmen und Einnahmen aus Spekulation besteuern wir gerecht.

■ Schluss mit Steuerflucht und Steuerhinterziehung der Superreichen.

1 | www.handelsblatt.com/politik/deutschland/belastung-fuer-unternehmen-neue-studie-vermoegensteuer-schadet-wirtschaft-massiv-und-bringt-fiskus-wenig/27599598.html?ticket=ST-3079123-hicK10sHAPrkXrTJRUA-ap3

2 | https://lobbypedia.de/wiki/Stiftung_Familienunternehmen#Einfluss_auf_Reform_der_Erbschaftssteuer_2016

3 | www.familienunternehmen.de/de/die-stiftung-familienunternehmen

4 | Leiter der Berliner Repräsentanz »Haus des Familienunternehmens« war zwischen April 2015 und Juni 2018 Matthias Lefarth. Der Steuerexperte und Eurokritiker wechselte im Juli 2014 zunächst als Leiter Steuer- und Finanzpolitik zur Stiftung. Lefarth war zeitweilig AfD-Landeschef in Berlin und unterstützte nach deren Angaben die Berliner AfD im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik (https://lobbypedia.de/wiki/Stiftung_Familienunternehmen#Lobbystrategien_und_Einfluss).

5 | https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_500_reichsten_Deutschen

6 | www.wiwo.de/erfolg/trends/milliardaers-ranking-das-sind-die-zehn-reichsten-deutschen-2021/26779984.html

7 | www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-33165.htm

8 | www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_4-20_Reichtum_onl.pdf, Seite 5

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

